Abend-Ausgabe

76. Jahrgang. Nr. 200 — Donnerstag, 28. April 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25941. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.30 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.30 Mk. einschließlich 36 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Krisenabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Paris durch Tardieus Absage beruhigt

Kein Interesse an einer Fünfer-Konferenz

Paris, 28. April. Die Genfer Sonderberichterstatter der großen Pariser Blätter machen sich zum Sprachrohr der großen Enttäuschung, die die plötzliche Verhinderung Tardieus an seiner Genfer Reise in den verschiedenen Abordnungen hervorgerufen hat.

Man habe in amerikanischen und englischen Kreisen geglaubt, Tardieu so kurz vor den französischen Wahlen zu einer Reihe von Zugeständnissen in der Abrüstungs- und Flottenfrage bewegen zu können,

und diese Auffassung sei bis zu einem gewissen Grad sogar von der deutschen und italienischen Abordnung geteilt worden. Stimson und Macdonald wirft man vor, in erster Linie einen persönlichen Erfolg gesucht zu haben. Das „Echo de Paris" zeigt sich über die Verhinderung Tardieus keineswegs verärgert. Man sei auch in französischen Kreisen in Genf der Auffassung, daß

Frankreich kein Interesse daran habe, sich in eine Fünfer-Konferenz einzulassen,

auf der es von vornherein eine isolierte Stellung eingenommen hätte. Der „Petit Parisien" bezeichnet die Absichten und Ziele der Vertreter Amerikas, Englands, Deutschlands und Italiens als ziemlich vage, da man niemals ernstlich daran habe glauben können, daß Tardieu in der Abrüstungsfrage die Zugeständnisse gemacht hätte, die man von ihm erwartete. Das „Journal" warnt vor einer Uebertreibung der Auswirkungen der geplanten Fünfer-Besprechung. Die Zusammenkunft, die für Freitag vorgesehen gewesen sei, hätte niemals die Ergebnisse zeitigen können, die man in gewissen Genfer Kreisen glauben mache. Es gehöre eine ziemliche Naivität dazu, anzunehmen, daß die französisch-italienischen Meinungsverschiedenheiten am Vorabend der französischen Wahlen in einigen Stunden geregelt worden wären und daß man in so kurzer Zeit eine Brücke über den Abgrund gebaut hätte, der die französische und deutsche Abrüstungsthese voneinander trenne. Auch die französische Linkspresse zeigt sich

mit der Entwicklung der Dinge sehr zufrieden.

Man verstehe sehr wohl, so schreibt die „Ere Nouvelle", daß Stimson, Brüning und Macdonald sehr viel an der Regelung der Abrüstungsfrage gelegen sei. Frankreich sei von Hause aus das Land der Höflichkeit. Diese Höflichkeit zwinge auch gewisse Pflichten auf, die aber auf Gegenseitigkeit beruhen und selbstverständlich hinter die allgemeinen Interessen des Landes gestellt werden müßten. Stimson möge es eilig haben, aber Frankreich habe es vor einigen Monaten auch sehr eilig gehabt, als es Amerika über seine Haltung in der Schuldenfrage um Auskunft gebeten habe. Damals habe man amerikanischerseits geantwortet, man wolle die amerikanische Präsidentschaftswahl abwarten. Frankreich habe gewartet. Man müsse sich aber fragen, ob es immer warten wolle, bis es den anderen gefällig sei.

„Die Reichswehr – nur Polizeitruppen"

„Daily Telegraph" über die Besprechungen Brüning-Macdonald-Stimson

London, 28. April. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" schreibt: Die privaten Besprechungen zwischen Brüning, Macdonald und Stimson über die Abrüstungsfrage haben die Möglichkeiten einer eventuellen Verständigung gezeigt, und zwar nicht nur im allgemeinen, sondern auch hinsichtlich der französischdeutschen Seite des Problems. Die Hauptpunkte, in denen die Delegationsführer Deutschlands, Großbritanniens und Amerikas zwar noch keine Vereinbarung, aber eine Annäherung ihrer Standpunkte gesucht haben, waren die qualitative Beschränkung der Rüstungen durch Beseitigung oder erhebliche Verminderung der Offensivwaffengattungen und der Anspruch Deutschlands auf Gleichheit der nationalen Verteidigung mit den anderen Großmächten. Die qualitative Begrenzung und Verminderung der Rüstungen würde bereits dazu beitragen, die bestehende Ungleichheit zwischen den Rüstungen Deutschlands und seiner Nachbarn zu beseitigen. Dann bleibt aber noch das Mißverhältnis zwischen den Effektivstärken und gewissen leichten Waffen, wie Maschinengewehren, Feldgeschützen und Haubitzen. Vielleicht wird sich die geschickt ausgedachte amerikanische Formel als wertvoll erweisen. Sie schlägt eine Teilung der militärischen Streitkräfte in drei Gruppen vor: Streitkräfte für den Polizeidienst im Innern, zweitens Streitkräfte zum Grenzschutz, drittens Streitkräfte zur Verteidigung des Landes und der Kolonien. Wie zugegeben werden muß, hat der Versailler Vertrag die deutsche Armee auf die für den ersten Zweck bestimmten Streitkräfte beschränkt, so daß also Deutschland Argumente für eine Verstärkung seiner zweiten Gruppe anführen könnte, falls nicht die entsprechenden Grenzschutzstreitkräfte seiner Nachbarn vermindert werden.

Brünings Genfer Besprechungen

Genf, 28. April. Reichskanzler Dr. Brüning hatte heute eine Besprechung mit Macdonald. Die beiden Staatsmänner werden heute mittag nochmals bei einem großen Frühstück zusammentreffen, das Macdonald einer Reihe von führenden Delegationsmitgliedern gibt. Heute abend nimmt der Reichskanzler an einem Diner teil, zu dem Stimson eingeladen hat.

In englischen und amerikanischen Kreisen wird die starke Mißstimmung über das Fernbleiben Tardieus jetzt nicht mehr zurückgehalten. Die Absage Tardieus, an den weiteren Genfer Besprechungen teilzunehmen, hat

für Macdonald und Stimson eine äußerst peinliche Lage

geschaffen. Durch das Fernbleiben Tardieus ist nicht nur auf dem Gebiet der Reparationsverhandlungen, sondern auch auf der Abrüstungskonferenz selbst eine neue schwierige Lage entstanden. Die Ausschußverhandlungen der Abrüstungskonferenz gehen gegenwärtig nur äußerst langsam vorwärts. Es besteht der Eindruck, daß die Präsidenten die Anweisung erhalten haben, die Arbeiten ohne jede Beschleunigung fortzuführen. Die Ausschüsse tagen nur einmal täglich. Der Ausschuß für die moralische Abrüstung hat sich auf zehn Tage vertagt mit der Begründung, daß der Berichterstatter Zaleski nach Warschau gereist ist.

*

Berlin, 28. April. Reichskanzler Dr. Brüning wird am kommenden Sonnabend bereits wieder in Berlin eintreffen, nachdem dank der „Erkrankung" Tardieus die Genfer Fünfmächtekonferenz gesprengt worden ist. In der Wilhelmstraße wird darauf hingewiesen, daß für diesen Mißerfolg der Reichskanzler Brüning nicht verantwortlich gemacht werden könne. Trotzdem richtet der nationalsozialistische „Angriff" an Brüning nunmehr die Frage, ob er nach dem Scheitern seiner Genfer Aktion zurückzutreten gedenke.

Schlagwetter-Explosion in einer oberschlesischen Grube

Gleiwitz, 28. April. In der zweiten Morgenstunde ereignete sich auf der 150-Meter-Sohle der Concordia-Grube in Hindenburg eine schwere Schlagwetterexplosion. Neun Bergleute wurden verschüttet. Eine Rettungsexpedition, die sofort ausgerüstet wurde, konnte zu den Verschütteten vordringen und alle, wenn auch im schwerverletzten Zustande, bergen. Eine Untersuchungskommission ist nach der Grube abgesandt worden. Nach Auskunft der Verwaltung scheint es sich um eine Schlagwetterkatastrophe zu handeln, die auf Fahrlässigkeit von Grubenarbeitern zurückzuführen ist. Ein Arbeiter hatte während der Arbeitszeit ein Streichholz angezündet, durch das die Grubengase zur Explosion kamen. Nur dem Umstand, daß die Wetterführung ausgezeichnet war, ist es zu verdanken, daß ein größeres Unglück vermieden werden konnte.

Für 120 000 Zloty Goldbarren gestohlen

Neu-Bentschen, 28. April. In der vergangenen Nacht wurde auf dem polnischen Grenzbahnhof Bentschen aus dem Abfertigungsraum des Zollraumes eine Kiste mit Goldbarren im Wert von 120 000 Zloty gestohlen, die aus Holland kamen und für die polnische Staatsbank in Warschau bestimmt waren. Als der Tat verdächtig wurden ein polnischer Zollbeamter und ein polnischer Eisenbahnarbeiter von der polnischen Grenzpolizei festgenommen; beide bestreiten jedoch die Tat. Trotz Untersuchung des gesamten Bahnhofsgeländes ist es bisher nicht gelungen, die Goldkiste wieder aufzufinden.

Die Aussprache im Genfer Marineausschuß

Antideutsche Ausfälle des französischen Delegierten – Rheinbaben antwortet

Genf, 28. April. Im Marineausschuß der Abrüstungskonferenz wurde heute vormittag die allgemeine Aussprache über die Offensivwaffen mit einer großen Rede des früheren französischen Marineministers Dumont abgeschlossen, der mit Nachdruck betonte,

daß das Wesentliche nicht die Abschaffung bestimmter Waffen, sondern ihre Reglementierung sei.

Die Bedeutung der Flugzeugmutterschiffe stehe und falle mit der Entscheidung über die schweren Bombenflugzeuge. Wenn gewisse Größen von Bombenflugzeugen abgeschafft würden, so werde sich die Bedeutung der Flugzeugträger auf Beförderung von leichten Aufklärungsflugzeugen beschränken, und diese Art von Schiffen halte Frankreich bei seiner besonderen Lage für notwendig. Die geringste Bedrohung der Zivilbevölkerung stelle das Unterseeboot dar.

Wenn im Weltkriege zahlreiche Handelsschiffe der Unterseebootswaffe zum Opfer gefallen seien, so sei dies eben ein Mißbrauch dieser Waffe gewesen.

Bei den Linienschiffen und den Kreuzern zeige sich am deutlichsten, daß man den Offensiv- oder Defensivcharakter eines Schiffes nur nach den der modernen technischen Entwicklung entsprechenden Kriterien beurteilen könne. Ein Schiff, das in erster Linie dazu bestimmt sei, einen Angriff von der eigenen Küste abzuhalten, bei dem infolgedessen die Panzerung die Hauptrolle spiele und nicht die Schnelligkeit, sei als ausgesprochen defensiv zu betrachten. Es sei die Aufgabe der Abrüstungskonferenz, ein Wettrennen um die Verbesserung der Qualität gleichfalls unmöglich zu machen, ein Ziel, das durch die bloße Reduzierung der Tonnage nicht erreicht werden könne. In dieser Weise benutzte Dumont wiederum die Anspielung auf das deutsche Panzerschiff zu einer Begründung des französischen Willens zur Aufrechterhaltung der bisherigen Flottenrüstungen.

Er faßte den französischen Standpunkt dahin zusammen, daß Frankreich mit England, den Vereinigten Staaten und Italien über die Beibehaltung der Linienschiffe einig sei.

Ebenso wie Italien, halte Frankreich die Abschaffung der U-Boote nur gleichzeitig mit der Abschaffung der Linienschiffe für möglich. Frankreich habe seinerzeit aktiv an der Londoner Konferenz mitgearbeitet. Der Augenblick zum Beitritt zum Londoner Dreimächtevertrag, der eine Verständigung mit Italien voraussetzen würde, sei aber noch nicht gekommen.

Die Rede des französischen Delegierten enthielt einige nicht zur Sache gehörige Ausfälle gegen Deutschland, auf die der deutsche Delegierte, Freiherr v. Rheinbaben, sofort erwiderte.

Freiherr von Rheinbaben griff die von Dumont erwähnten vier Invasionen, die Frankreich im letzten Jahrhundert zu erleiden gehabt habe, auf, um dazu zu bemerken, daß der Ausschuß keine historischen Probleme zu lösen habe. Ueberdies seien „gewissen Invasionen", insbesondere denjenigen in der napoleonischen Zeit, Angriffe von französischer Seite vorausgegangen, die zu den größten der Geschichte gehörten. Wenn der französische Delegierte es für notwendig gehalten habe, vom Mißbrauch bestimmter Waffen im Weltkriege zu sprechen, so sei darauf zu erwidern, daß im Kriege

bei allen Armeen „Mißbräuche"

vorgekommen seien. Freih. von Rheinbaben appellierte schließlich an den französischen Delegierten, derartige Punkte im Interesse einer gedeihlichen Weiterberatung nicht zur Erörterung zu stellen.

Stegerwalds Sozialpolitik

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 28. April. In Sachen der vom Reichsarbeitsminister geplanten Arbeitszeitverkürzung fand am Donnerstag im Reichsarbeitsministerium eine Referentenbesprechung statt, an der auch Delegierte der Länderregierungen teilnahmen. Die Sozialminister der Länder selbst waren nicht anwesend. Morgen wird in derselben Frage eine Besprechung mit den Vertretern der Berufsverbände stattfinden. Reicharbeitsminister Stegerwald wird sich Freitagabend in einer Rede in Erfurt über das Gesamtproblem der Lohnpolitik öffentlich äußern. Entgegen anderslautenden Meldungen wird ferner festgestellt, daß eine Notverordnung in Sachen der Invalidenversicherung nicht bevorsteht.

Beratungen der Wirtschaftspartei

Berlin, 28. April. (Eig. Drahtm.) Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hielt heute im Reichstag eine Sitzung ab, in der die politische Lage besprochen wurde, besonders auch der Ausgang der Länderwahlen und die eventuellen Rückwirkungen einer Umbildung der Preußenregierung auf die Reichsregierung. Die Wirtschaftspartei, das kam in der Fraktionssitzung zum Ausdruck, sieht vorläufig keinen Anlaß, die Regierung Brüning nicht mehr zu unterstützen. Allerdings verlange sie, daß nach Abschluß der Reparationskonferenz entscheidende Maßnahmen zu dem inneren Aufbau der Wirtschaft unternommen würden. Diese Auffassung würden die Führer der Wirtschaftspartei schon zu Beginn der nächsten Woche dem Reichskanzler vortragen.

Heute nachmittag tritt der Gesamtparteivorstand der Wirtschaftspartei im Reichstag zusammen, wo besonders diejenigen Wahlkreisleiter eine Kritik zu erwarten haben, die es versäumten, zu den Preußenwahlen rechtzeitig Listenverbindungen in ihren Kreisen zur Rettung der Stimmen einzugehen.

Reichsminister Schlange-Schöningen beim Reichspräsidenten. Reichspräsident v. Hindenburg empfing am Donnerstag den Reichsminister Schlange-Schöningen zum Vortrag über die Arbeiten der Osthilfe.

Reise Botschafters von Hoesch nach Genf. Botschafter von Hoesch reist Donnerstag abend von Paris nach Genf, u. zw. zu Besprechungen mit Reichskanzler Dr. Brüning.